

## Bekanntmachung der Satzung (Erweiterung) des förmlich festgelegten Sanierungsgebietes „Ortskern Kobern“

Auf Grund des § 24 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz v. 31.01.1994 (GVBl. S. 153) und des § 142 des Baugesetzbuches (BauGB) i.d.Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) hat der Gemeinderat der Ortsgemeinde Kobern-Gondorf in öffentlicher Sitzung am 15.05.2006 und am 12.09.2006 folgende Änderungssatzung beschlossen, die hiermit gemäß § 143 Abs. 1 Satz 1 BauGB ortsüblich bekannt gemacht wird:

### Satzung der Ortsgemeinde Kobern-Gondorf zur 1. Änderung (Erweiterung) des förmlich festgelegten Sanierungsgebietes „Ortskern Kobern“ vom 19.09.2006

#### § 1 - Festlegung des Sanierungsgebietes

Das durch die Satzung v. 07.06.2004 förmlich festgelegte Sanierungsgebiet „Ortskern Kobern“ wird um die folgenden Flurstücke erweitert:

Flur	Flurstück
11	277/4, teilweise (ca. 62 m <sup>2</sup> )
11	412/1
11	412/2
11	412/3
11	412/4
11	413/1
11	414/1
11	415/1
11	420/49, teilweise (ca. 402 m <sup>2</sup> )
11	854/416

Das Erweiterungsgebiet umfasst alle Grundstücke und Grundstücksteile der im beigefügtem Lageplan entsprechend gekennzeichneten Fläche. Dieser Lageplan ist Bestandteil der Satzung.

#### § 2 - In-Kraft-Treten

Diese Satzung wird gemäß § 143 Abs. 1 Satz 4 BauGB mit ihrer Bekanntmachung rechtsverbindlich.

#### Ausfertigung:

Kobern-Gondorf, 19.09.2006  
(DS) Werner Wolff,  
Ortsbürgermeister

#### Hinweise:

##### Räumlicher Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich der Änderungssatzung (das Erweiterungsgebiet) ergibt sich aus der nachfolgenden Abbildung.

##### In-Kraft-Treten

Die Sanierungssatzung wird gemäß § 143 Abs. 1 Satz 4 BauGB mit der heutigen ortsüblichen Bekanntmachung rechtsverbindlich und tritt sogleich in Kraft.

##### Hinweis nach § 143 Abs. 1 i.V.m. § 10 Abs. 3 Satz 3 BauGB:

Die Sanierungssatzung kann ab dem Tag dieser Bekanntmachung bei der Verbandsgemeindeverwaltung Untermosel, Bahnhofstr.44, 56330 Kobern-Gondorf, eingesehen werden. Über den Inhalt erteilt die Verwaltung auf Verlangen Auskunft.

##### Hinweis nach § 215 Abs. 2 BauGB:

Eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BauGB bezeichneten Verfahrens-

und Formvorschriften sowie Mängel der Abwägung sind unbeachtlich, wenn die Verletzung der Verfahrens- und Formvorschriften nicht innerhalb eines Jahres, die Mängel der Abwägung nicht innerhalb sieben Jahren seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Verbandsgemeindeverwaltung Untermosel, Bahnhofstr.44, 56330 Kobern-Gondorf, geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften oder den Mangel der Abwägung begründen soll, ist darzulegen.

##### Hinweis nach § 24 Abs. 6

##### Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz:

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes oder auf Grund dieses Gesetzes zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach dieser Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen, wenn die Rechtsverletzung nicht innerhalb eines Jahres nach dieser Bekanntmachung unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich gegenüber der Verbandsgemeindeverwaltung Untermosel, Bahnhofstr.44, 56330 Kobern-Gondorf, geltend gemacht worden ist.

##### Hinweis nach § 143 Abs. 1 Satz 3

##### BauGB:

Gemäß § 143 Abs. 1 Satz 3 BauGB wird auf die folgenden besonderen sanierungsrechtlichen Vorschriften (§§ 152 bis 156a BauGB) hingewiesen:

##### § 152 BauGB - Anwendungsbereich

Die Vorschriften dieses Abschnitts sind im förmlich festgelegten Sanierungsgebiet anzuwenden, sofern die Sanierung nicht im vereinfachten Sanierungsverfahren durchgeführt wird.

##### § 153 BauGB - Bemessung von Ausgleichs- und Entschädigungsleistungen, Kaufpreise, Umlegung

(1) Sind auf Grund von Maßnahmen, die der Vorbereitung oder Durchführung der Sanierung im förmlich festgelegten Sanierungsgebiet dienen, nach den Vorschriften dieses Gesetzbuchs Ausgleichs- oder Entschädigungsleistungen zu gewähren, werden bei deren Bemessung Werterhöhungen, die lediglich durch die Aussicht auf die Sanierung, durch ihre Vorbereitung oder ihre Durchführung eingetreten sind, nur insoweit berücksichtigt, als der Betroffene diese Werterhöhungen durch eigene Aufwendungen zulässigerweise bewirkt hat.

Änderungen in den allgemeinen Wertverhältnissen auf dem Grundstücksmarkt sind zu berücksichtigen.

(2) Liegt bei der rechtsgeschäftlichen Veräußerung eines Grundstücks sowie bei der Bestellung oder Veräußerung eines Erbbaurechts der vereinbarte Gegenwert für das Grundstück oder das Recht über dem Wert, der sich in Anwendung des Absatzes 1 ergibt, liegt auch hierin eine wesentliche Erschwerung der Sanierung im Sinne des § 145 Abs. 2.

Dies gilt nicht, wenn in den Fällen des § 154 Abs. 3 Satz 2 oder 3 die Verpflichtung zur Entrichtung des Ausgleichsbetrags erloschen ist.

(3) Die Gemeinde oder der Sanierungsträger darf beim Erwerb eines Grundstücks keinen höheren Kaufpreis vereinbaren, als er sich in entsprechender Anwendung des Absatzes 1 ergibt. 2) In den Fällen des § 144 Abs. 4 Nr. 4 und 5 darf der Bedarfsträger keinen höheren Kaufpreis vereinbaren, als er sich in entsprechender Anwendung des Absatzes 1 ergibt.

(4) Bei der Veräußerung nach den §§ 89 und 159 Abs. 3 ist das Grundstück zu dem Verkehrswert zu veräußern, der sich durch die rechtliche und tatsächliche Neuordnung des förmlich festgelegten Sanierungsgebietes ergibt. 2 § 154 Abs. 5 ist dabei auf den Teil des Kaufpreises entsprechend anzuwenden, der durch die Sanierung bedingten Werterhöhung des Grundstücks entspricht.

(5) Im förmlich festgelegten Sanierungsgebiet sind

1. Absatz 1 auf die Ermittlung von Werten nach § 57 Satz 2 und im Falle der Geldabfindung nach § 59 Abs. 2 und 4 bis 6 sowie den §§ 60 und 61 Abs. 2 entsprechend anzuwenden;
2. Wertänderungen, die durch die rechtliche und tatsächliche Neuordnung des förmlich festgelegten Sanierungsgebietes eintreten, bei der Ermittlung von Werten nach § 57 Satz 3 und 4 und im Falle des Geldausgleichs nach § 59 Abs. 2 sowie den §§ 60 und 61 Abs. 2 zu berücksichtigen;
3. § 58 nicht anzuwenden.

##### § 154 BauGB - Ausgleichsbetrag des Eigentümers

(1) Der Eigentümer eines im förmlich festgelegten Sanierungsgebiet gelegenen Grundstücks hat zur Finanzierung der Sanierung an die Gemeinde einen Ausgleichsbetrag in Geld zu entrichten, der durch die Sanierung bedingten Erhöhung des Bodenwerts seines Grundstücks entspricht; Miteigentümer sind im Verhältnis ihrer Anteile an dem gemeinschaftlichen Eigentum heranzuziehen.

Werden im förmlich festgelegten Sanierungsgebiet Erschließungsanlagen im Sinne des § 127 Abs. 2 hergestellt, erweitert oder verbessert, sind Vorschriften über die Erhebung von Beiträgen für diese Maßnahmen auf Grundstücke im förmlich festgelegten Sanierungsgebiet nicht anzuwenden.

Satz 2 gilt entsprechend für die Anwendung der Vorschrift über die Erhebung von Kostenerstattungsbeträgen im Sinne des § 135a Abs. 3.

(2) Die durch die Sanierung bedingte Erhöhung des Bodenwerts des Grundstücks besteht aus dem Unterschied zwischen dem Bodenwert, der sich für das Grundstück ergeben würde, wenn eine Sanierung weder beabsichtigt noch durchgeführt worden wäre (Anfangswert), und dem Bodenwert, der sich für das Grundstück durch die rechtliche und tatsächliche Neuordnung des förmlich festgelegten Sanierungsgebietes ergibt (Endwert).

(3) Der Ausgleichsbetrag ist nach Abschluss der Sanierung (§§ 162 und 163) zu entrichten.

Die Gemeinde kann die Ablösung im Ganzen vor Abschluss der Sanierung zulassen; dabei kann zur Deckung von Kosten der Sanierungsmaßnahme auch ein höherer Betrag als der Ausgleichsbetrag vereinbart werden.

Die Gemeinde soll auf Antrag des Ausgleichsbetragspflichtigen den Ausgleichsbetrag vorzeitig festsetzen, wenn der Ausgleichsbetragspflichtige an der Festsetzung vor Abschluss der Sanierung ein berechtigtes Interesse hat und der Ausgleichsbetrag mit hinreichender Sicherheit ermittelt werden kann.

(4) Die Gemeinde fordert den Ausgleichsbetrag durch Bescheid an; der Betrag wird einen Monat nach der Bekanntgabe des Bescheids fällig.

Vor der Festsetzung des Ausgleichsbetrags ist dem Ausgleichsbetragspflichtigen

